

---

## 14-Punkte-Programm von Woodrow Wilson

---

(Dokument – Ergänzung zum Kapitel 2.3. Völkerrecht-Pazifismus, S. 46)

- Offene, öffentlich abgeschlossene Friedensverträge. Danach sollen keinerlei geheimen internationalen Abmachungen mehr bestehen, sondern die Diplomatie soll immer aufrichtig und vor aller Welt betrieben werden.
- Uneingeschränkte Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren außerhalb der Territorialgewässer, im Frieden sowohl wie im Kriege, ausgenommen jene Meere, die ganz oder teilweise durch internationales Vorgehen zur Durchführung internationaler Verträge gesperrt werden.
- Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Herstellung einer Gleichheit der Handelsbedingungen für alle Nationen, die dem Frieden beitreten und sich zu seiner Aufrechterhaltung verbinden.
- Entsprechende gegenseitige Bürgschaften für die Beschränkung der Rüstungen der Nationen auf das niedrigste, mit der Sicherheit im Innern vereinbarliche Maß.
- Freier, unbefangener und völlig unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, auf der genauen Beachtung des Grundsatzes beruhend, dass beim Entscheid in solchen Souveränitätsfragen die Interessen der betreffenden Bevölkerungen ebenso ins Gewicht fallen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel zu entscheiden ist.
- Räumung des ganzen russischen Gebietes und ein Einvernehmen über alle auf Russland bezüglichen Fragen, das das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Völker sichert, um für Russland eine ungehemmte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner eigenen politischen Entwicklung und nationalen Politik herbeizuführen und ihm eine herzliche Aufnahme in der Gesellschaft der freien Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen, ja noch mehr, Hilfe jeder Art, derer es bedürftig sein und von sich aus wünschen mag, gewährleistet. Die Russland von seinen Schwesternationen in den nächsten Monaten gewährte Behandlung wird der Prüfstein ihres guten Willens, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse im Unterschied zu ihren eigenen Interessen und ihres verständigen und selbstlosen Mitgeföhls sein.
- Belgien muß, die ganze Welt wird dem beipflichten, geräumt und wiederhergestellt werden, ohne jeden Versuch, seine Souveränität, derer es sich wie alle anderen freien Völker erfreut, zu beschränken. Kein anderer einzelner Schritt wird so wie dieser dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze wiederherzustellen, die sie selbst geschaffen haben und als maßgebend für ihre Beziehungen zueinander festgesetzt haben. Ohne diesen heilsamen Schritt bleibt die gesamte Struktur und die Gültigkeit des Völkerrechts für immer geschädigt.
- Das ganze französische Gebiet muß geräumt und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsaß-Lothringen durch Preußen angetan worden ist und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren beunruhigt hat, muss wieder gutgemacht werden, damit der Friede im Interesse Aller wiederhergestellt werden kann.
- Berichtigung der Grenzen Italiens nach den genau erkennbaren Abgrenzungen der Nationen.

- Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.
  - Rumänien, Serbien und Montenegro sollten geräumt, die besetzten Gebiete zurückgegeben werden. Serbien sollte ein freier und sicherer Zugang zur See gewährt werden, und die Beziehungen unter den verschiedenen Balkanstaaten zu einander sollten durch freundschaftliche Übereinkunft nach den bestehenden geschichtlichen Richtlinien der Zugehörigkeit und der Nationalität geregelt werden. Internationale Bürgschaften für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie die Unverletzlichkeit des Gebiets der verschiedenen Balkanstaaten sollten geschaffen werden.
  - Den türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Reiches sollte eine unbedingte Selbständigkeit gewährleistet werden. Den übrigen Nationalitäten dagegen, die zur Zeit unter türkischer Herrschaft stehen, sollte eine zuverlässige Sicherheit des Lebens und eine völlig ungestörte Gelegenheit zur selbständigen Entwicklung gegeben werden. Die Dardanellen sollten unter internationalen Bürgschaften als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen dauernd geöffnet werden.
  - Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine sowohl politische als auch wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden.
  - Ein allgemeiner Verband der Nationen muß gegründet werden mit besonderen Verträgen zum Zweck gegenseitiger Bürgschaften für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen sowohl wie der großen Staaten.
- Quelle: Deutsches Historisches Museum, online

---

## «Aufruf an alle Soldaten der Bundeswehr,

---

(Dokument – Ergänzung zum Kapitel 5.6. Widerstand gegen «Krieg als politische Option», S.93)

die am Jugoslawien-Krieg beteiligt sind.

Verweigern Sie Ihre weitere Beteiligung an diesem Krieg!

Wir rufen alle Soldaten dazu auf, sich nicht weiterhin an dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu beteiligen. Dazu rufen wir die direkt an den Bombardements beteiligten Piloten, die Truppen in Mazedonien und alle an der Logistik der Kriegsführung beteiligten Soldaten auf – zum Beispiel im Verteidigungsministerium. Die Verweigerung kann sich auf Art. 4 Abs. 3 GG (Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen) oder auf § 22 Soldatengesetz stützen: Befehle, die die Menschenwürde verletzen oder deren Befolgung eine Straftat bedeutet, dürfen nicht ausgeführt werden.

Bei dem Krieg gegen Jugoslawien handelt es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der gemäß Art. 26 Grundgesetz verboten ist. Die Völkerrechtswidrigkeit ergibt sich aus der UN-Charta, die auch für die Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit besitzt. Nach Art. 25 GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts. Der gegenwärtige Krieg ist ein Verstoß gegen das Gewaltverbot der UN-Charta. Eine Ermächtigung durch den Weltsicherheitsrat hat es nicht gegeben. Eine solche wäre wegen der Weigerung Rußlands und Chinas auch nicht zustande gekommen.

Die Bombardements machen alle zu Opfern dieses Krieges, ob dies Soldaten oder Zivilisten sind. Die 2. Phase des NATO-Angriffs richtet sich vor allem gegen die Truppen der serbischen Armee. Jedoch werden von den Bombenangriffen Menschen in Serbien, Montenegro und im Kosovo unterschiedslos verängstigt, verletzt oder getötet. Im Schatten dieses Bombardements können die Massaker und Vertreibungen im Kosovo weiter betrieben werden. Auch dort kann die NATO nur unterschiedslos serbische Truppen bombardieren, mit dem zusätzlichen Risiko, albanische und serbische Zivilisten in Mitleidenschaft zu ziehen.

Ziel des Angriffskrieges sollte es sein, eine humanitäre Katastrophe abzuwenden. Doch diese ist jetzt erst recht durch die NATO herbeigebombt worden. Am Sonntag, 28.3.99 sprach Verteidigungsminister Scharping von einem beginnenden Völkermord im Kosovo. Friedensbewegung und Friedensforschung hatten vor Kriegsbeginn genau hiervor gewarnt. Die ansatzweise erfolgreiche OSZE-Mission, die immerhin einen Puffer zwischen den Parteien bildete und Öffentlichkeit herstellte, musste wegen des Krieges abgebrochen werden.

Nun gilt es, den Krieg sofort zu beenden. In Italien gibt es im Parlament deutlichen Widerstand gegen eine Fortsetzung des Krieges. Wenn die bundesdeutschen Parlamentarier sich scheuen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, müssen die Soldaten selbst entscheiden und ihrem Gewissen folgen.

Eine Beteiligung an diesem Krieg ist nicht zu rechtfertigen.

Verweigern Sie deshalb Ihre Einsatzbefehle!

Entfernen Sie sich von der Truppe!

Lehnen Sie sich auf gegen diesen Krieg!

Es ist nicht wahr, dass es zwischen Wegschauen und Bomben keine Alternative gibt. Statt den Krieg fortzusetzen, muss ganz neu verhandelt werden. Das ist nicht die Aufgabe der

NATO. Die UN und Rußland müssen in die Suche nach einer konstruktiven und dauerhaften Konfliktlösung für den Balkan einbezogen werden. Es muss eine Lösung für die Konflikte auf dem Balkan gefunden werden, die nicht Krieg und mörderische Gewalt heißt, weder von Seiten des jugoslawischen Staates oder der UCK-Guerilla noch von Seiten der NATO-Staaten. Zugleich müssen alle Länder des Balkans von der EU wirtschaftlich massiv unterstützt werden. Dafür hätte man das Geld dringend gebraucht, das jetzt verbombt wird.

Es kann geschehen, dass sich weigernde Soldaten mit Verfahren nach dem Wehrstrafgesetz wegen Gehorsamsverweigerung, Fahnenflucht oder Meuterei überzogen werden. Wir werden in diesem Fall den Betroffenen nach unseren Kräften beistehen und in der Öffentlichkeit für ein Klima sorgen, damit eine strafrechtliche Verurteilung verhindert wird. Gemäß unserem Verständnis der Menschenwürde trägt jeder die Verantwortung für seine Entscheidung selbst.

Wir erklären zugleich, alle unsere Möglichkeiten zu nutzen, um Verweigerern und Deserteuren der jugoslawischen Armee oder der albanischen UCK zu helfen, insbesondere denen, die die Bundesrepublik Deutschland als Fluchtort erreichen. Es gilt: Aktive Soldaten sind potentielle Mörder. Und Opfer eines mörderischen Krieges. Deserteure und Kriegsdienstverweigerer jedoch sind Friedensboten.»

(Quelle: [www.antimilitarismus-information.de/pdf/aufruf.pdf](http://www.antimilitarismus-information.de/pdf/aufruf.pdf))

Als Zitat im Vorwort zu seiner wissenschaftlichen Arbeit über die GWR wählte Günter Saathoff 1980 den Text von Oskar Wermter. Historischer Hintergrund waren Befreiungsbewegungen, die in Afrika Mitte der 1970er Jahre gegen Apartheid kämpften.

Taktische Anweisung an einen Guerilla: Wenn es dir auf einen Überraschungseffekt ankommt, dann sind dein Schnellfeuergewehr, die Handgranaten und Brandbomben nicht die geeigneten Mittel. Derlei Dinge sind der weißen Lady, die du samt ihrem Haus in die Luft jagen willst, wohlvertraut. Gestern hat sie ihren Sohn in den Krieg geschickt, und sie findet, dass er, mit den Patronengürteln um Hüften und Schultern geschlungen, fabelhaft aussieht. Eine Pistole – «speziell für die Lady», aber nichtsdestotrotz tödlich – liegt frisch geölt in ihrem Nachtkästchen.

Sie glaubt an ihren Himmel auf Erden und nimmt schulterzuckend in Kauf, dass zu einem Himmel immer auch eine Hölle gehört. Dass die von unten das obere Stockwerk zu stürmen versuchen, hat sie schon lange gefürchtet, es überrascht sie nicht. Darauf wartet sie und ist gerüstet. Sie lässt keinen Zweifel aufkommen an ihren Glauben, und beim Abschiedskuss für ihren Sohn dachte sie nur an Pflicht und Opfer.

Würdest du die Lady und das Haus mitsamt dem Bild des jungen Helden einäschern, ihre Seele stiege auf im Rauch gerechtfertigt: sie glaubt an das Recht des Stärkeren, und der Stärkere hätte gesiegt. Kein Jota ihres Glaubens brauchte sie zurücknehmen. Verschiedene Rollen im selben Opferritus spielend könntet ihr einander die Hand reichen.

Taktische Anweisung an einen Guerilla: Wir müssen härter zuschlagen, Bruder, wir müssen ihr die Welt aus den Angeln heben. Du musst ihr gerade das antun, worauf sie nicht gefasst sein wird, wofür sie nicht gerüstet ist.

Im kommenden Inferno, wenn sie ihr Ende vor sich sieht, musst du sie aus den Flammen reißen.

Wenn sie glaubt, zertreten zu werden, wirst du dich ihrer Wunden annehmen.

Wenn sie den Gnadenstoß erwartet, reich ihr ein Glas Wasser.

Wenn sie das Gift ihrer Verachtung über dich ausschüttet, wirst du schweigen.

Was immer sie noch versucht, muss ins Leere treffen.

Nichts darf ihr bleiben, weder der Glaube an ihr Recht noch irgend eine Rechtfertigung für ihren Hass, angesichts deiner Weigerung, ihr Spiel mitzuspielen.

Und das Schlimmste für sie: überwältigt zu werden von der späten Einsicht, den Sohn einem Nichts geopfert zu haben.

Dann hättest du nicht nur ihren exklusiven Himmel zerstört, sondern auch die dazugehörige Hölle.

Gründlicher, Bruder, könntest du nicht aufräumen. Oskar Wermter (1976) (zit.in: Saathoff)

Oskar Wermter ist Jesuiten-Pater und Publizist, lebt und arbeitet seit 1971 in Simbabwe (Afrika) und war zwischen 1987 und 2001 verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der katholischen Bischofskonferenz.